

Natalie Riese ist die neue Landesjugendleiterin

Unsere bisherige Landesjugendleiterin Doreen Maniura hat sich entschieden, ihren beruflichen Schwerpunkt auf Felder außerhalb der Thüringer Polizei zu verlagern. Nachdem sie über mehrere Jahre die jungen Kolleg(inn)en innerhalb unserer Gewerkschaft betreute, verließ sie im Herbst des vergangenen Jahres die Thüringer Polizei und war somit auch nicht mehr in der Lage, ihr bisheriges Amt auszufüllen. Für ihr Engagement sowie die Arbeit innerhalb unserer Gewerkschaft möchten wir ihr auch an dieser Stelle nochmals danken.



> Natalie Riese

Um keine Lücken bei der Betreuung unserer jungen Kolleg(inn)en aufzureißen, galt es so schnell als möglich, eine Nachfolge für diese Position zu finden. Eine nicht einfache Aufgabe, denn gewerkschaftliches Engagement bedeutet immer auch zusätzliche Arbeit neben dem eigentlichen Job.

Aber mit Natalie Riese haben wir eine Kollegin gefunden, welche bereit ist, sich dieser Herausforderung zu stellen. Seit Oktober 2021 ist die studierte Public Managerin bei der Thüringer Polizei und dort als Sachbearbeiterin im SG 33 unter anderem für die Erstellung von Kostenbescheiden, insbesondere für Großveranstaltungen und Versammlungen, zuständig.

Trotz ihrer anspruchsvollen und ausfüllenden Tätigkeit hat

sich Kollegin Riese dafür entschieden, in verantwortlicher Position gewerkschaftliche Arbeit zu leisten. Was sie dazu bewog, und welche Akzente sie persönlich in ihrer Funktion als Landesjugendleiterin setzen möchte, darüber haben wir mit ihr gesprochen.

POLIZEISPIEGEL (PS): *Frau Riese, Sie haben sich entschieden, die aus dem Polizeidienst ausgeschiedene Landesjugendleiterin Doreen Maniura in ihrem Amt zu beerben und zukünftig als Landesjugendleiterin der Thüringer DPoIG aktive Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Ist Ihnen diese Entscheidung leichtgefallen?*

Natalie Riese (N. R.): Zunächst möchte ich erst einmal meinen Respekt für die geleistete Arbeit sowie meinen Dank an Kollegin Maniura für ihr gewerkschaftliches Engagement zum Ausdruck bringen. Sicher wird es nicht einfach sein, hier nahtlos anzuknüpfen. So habe ich auch nicht gleich beide Hände gehoben, als eine Person für die Nachfolge gesucht wurde. Gewerkschaftliches Engagement bedeutet auch immer, neben der beruflichen Belastung vor allem in der Freizeit tätig zu werden. Da ich dieses Amt jedoch nicht nur pro forma ausfüllen, sondern auch einen aktiven Beitrag zur Entwicklung unserer Gewerkschaft leisten will, habe ich na-

türlich reiflich überlegt, wie es mir möglich sein wird, Anforderungen im Dienst mit denen im gewerkschaftlichen Amt in Einklang zu bringen.

PS: *Sie sind seit Oktober 2021 aktiv im Polizeidienst. Befürchten Sie nicht, dass einige Vorurteile haben werden, dass Sie nach einer so kurzen Zeit gar nicht die Probleme und Anforderungen innerhalb der Thüringer Polizei kennen können?*

N. R.: Sicher wird es einige Kolleg(inn)en geben, die so ähnlich denken. Aber ich bin ja nicht als Seniorenbeauftragte, sondern als Landesjugendleiterin angetreten. Da geht es nicht darum, von oben herab zu belehren, sondern die Probleme zu benennen, welche unseren jungen Kolleg(inn)en auf den Nägeln brennen. Probleme, welche erst richtig erfasst werden können, wenn man in der gleichen Situation ist. Also kein sogenannter „alter Hase“, sondern der direkt im Lern- und Erkenntnisprozess eingebunden ist.

PS: *Sie haben sich dafür entschieden, Mitglied in der DPoIG zu werden. Was hat Sie zu diesem Schritt bewogen?*

N. R.: Natürlich gibt es immer zwei Optionen. Einerseits kann man sich zurücklehnen und warten, was die anderen für einen richten, oder man ent-

scheidet, selbst aktiv zu werden, und versucht, die Prozesse im Arbeitsleben mit zu gestalten. Ich habe mich für Letzteres entschieden. Dabei ist mir durchaus bewusst, dass auch die gewerkschaftliche Mitbestimmung oft an ihre Grenzen stößt, und so mancher Erleichterung im Dienstalltag ein hartes Ringen mit dem Dienstherrn vorausgeht.

Das geschieht auf vielen Ebenen. Einerseits sind es die Personalräte, welche in vielen Fällen konstruktiv an Veränderungen mitwirken, zum anderen bietet auch die öffentliche Benennung von Themen Möglichkeiten zur Einleitung von Veränderungen. Wobei mir jedoch auch bewusst ist, dass es meist die Balance zwischen den Erwartungen des Dienstherrn und denen unserer Kolleg(inn)en ist, welche schlussendlich zum Vorteil aller Beteiligten gereicht.

PS: *Sie haben sich nicht nur entschieden, Mitglied der DPoIG in Thüringen zu werden, sondern gleichzeitig Ihre Bereitschaft erklärt, in führender Position als Jugendbeauftragte tätig zu sein. Was hat Sie zu diesem Schritt bewogen?*

N. R.: Wie ich bereits erläutert habe, ist es mir auch wichtig, aktiv an der Verbesserung der Situation für unsere Kolleg(inn)en im Dienstalltag mit-

Impressum:

Landesverband und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft
Thüringen e. V. unter Vorsitz von
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail:
presse@DPoIG-Thueringen.de
Twitter: @DPoIGThueringen
ISSN 09 45 – 05 13
Autoren sind in den Beiträgen
bezeichnet und der Redaktion
namentlich bekannt.

zuwirken. Da ich selbst noch am Anfang meiner beruflichen Karriere stehe, lag es natürlich nahe, dass ich mich den Problemen zuwende, welche all diejenigen Kolleg(inn)en haben, welche sich in der gleichen Situation befinden.

■ Anforderungen an den Polizeiberuf wandeln sich stetig

Schließlich ist es gerade die junge Generation, welche die Zukunft der Polizei im Freistaat bildet. Die Anforderungen an den Polizeiberuf sind ja auch nicht statisch und unveränderlich. So, wie sich die Gesellschaft wandelt, verändern sich auch diese. Das betrifft natürlich alle Ebenen. Egal, ob im Streifendienst, der Verwaltung, beim LKA, oder beispielsweise im Ermittlungsdienst. Was einst als technische Neuerung bestaunt wurde, ist heute meist normales Handwerkzeug im Dienstalltag. Natürlich gibt es da auch noch so manche Baustellen und es funktioniert nicht alles so, wie es eigentlich vorgesehen war. Aber wir sind auf einem guten Weg.

Hinzu kommt, dass gerade bei unseren jungen Kolleg(inn)en die Bereitschaft, sich Neuem zuzuwenden, wesentlich ausgeprägter ist. Zumal sie mit vielen technischen Neuerungen aufgewachsen sind, und sich eine Welt ohne diese nur schwer vorstellen können.

All das zu bündeln, neue Akzente zu setzen und diese im Dienstalltag umzusetzen, sehe ich als einen wichtigen Schwerpunkt meiner Arbeit als Jugendbeauftragte.

PS: *Sie sprachen von einem wichtigen Schwerpunkt. Welche würden Sie darüber hinaus in Ihrer gewerkschaftlichen Arbeit favorisieren?*

N. R.: Da gibt es sicher nicht wenig, was einer Veränderung bedarf. Doch was auch immer angesprochen wird, wir sind in erster Linie die Interessenvertretung unserer Kolleg(inn)en. Da brennt so manches auf den Nägeln.

Lassen Sie mich nur einige Schwerpunkte benennen. In erster Linie geht es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Polizeibeamten und -beamtinnen innerhalb der Thüringer Polizei. Das betrifft einerseits die Bereitstellung moderner Technik, welche wie ein gutes Werkzeug unerlässlich für eine erfolgreiche Arbeit ist. Andererseits werden unseren Kolleg(inn)en immer mehr Aufgaben übertragen, welche bei gleichem, wenn nicht gar sinkendem Personalbestand gelöst werden müssen. Dass diese Dauerbelastung zu einem größeren Krankenstand führt, ist nun wahrlich kein Geheimnis.

Im Grunde befinden wir uns hier in einem Teufelskreis, welchen es zu durchbrechen gilt. Die Aufgaben werden wohl nicht weniger werden, so ist mehr Personal der einzige effiziente Lösungsansatz.

PS: *Sie sprechen von mehr Personal, was im Grunde bedeutet, dass mehr junge Menschen für den Polizeiberuf gewonnen werden müssen.*

N. R.: So ist es, aber wir haben, und das nicht nur in Thüringen, einen Nachwuchsmangel. Einerseits gibt es nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber und andererseits steigen die Anforderungen gerade in der Beherrschung neuer Technologien, welche die Auswahl zusätzlich erschweren. Zudem gibt es bei vielen jungen Menschen auch sportliche Defizite, was schon bei der Vorauswahl dazu führt, dass sie für den Polizeiberuf ungeeignet sind.

■ Attraktivität des Polizeiberufes muss erhöht werden

Ein weiteres Hindernis für vermehrte Neueinstellungen sehe ich in der stetig sinkenden Attraktivität des Polizeiberufes. Da hat aus meiner Sicht auch die Politik versagt. Leider ist aus Kreisen gewisser politischer Strömungen nur Negatives zur Polizei zu vernehmen. Für mich eigentlich unverständlich, denn der Legislativen sollte durchaus bewusst sein, dass es ohne die Exekutive, im Speziellen der Polizei, einfach nicht geht. Es sei denn, man favorisiert ein anarchisches Gesellschaftsmodell. Wobei solche Versuche bislang immer zum Scheitern verurteilt waren.

Natürlich sind Aktionen wie START Polizei, Schnuppertage in den LPI-en, Schülerpraktika, oder wie der öffentlichkeitswirksame Start der diesjährigen Nachwuchsgewinnungskampagne der Thüringer Polizei vom 23. Februar an einer Erfurter Schule begrüßenswerte Ansätze. Doch müssen diese auch von allen politischen Ebenen unterstützt werden.

Eine positive Wahrnehmung des Polizeiberufes in der Öffentlichkeit ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Junge Menschen, welche dazu neigen, den Polizeiberuf zu ergreifen, werden natürlich auch nach den beruflichen Perspektiven fragen. Dies gilt sowohl für die finanzielle Perspektive als auch für Aufstiegschancen im Beruf. Leider ist da nicht sehr viel Positives zu vermelden. Erkundigen sich interessierte junge Menschen nach diesen, werden sie sehr schnell feststellen, dass in der Realität von lohnenswerten Perspektiven kaum die Rede sein kann. Hier muss sich in jedem Fall etwas ändern!

PS: *Sie sprechen von notwendigen Änderungen – wie sollen diese aus Ihrer Sicht bewirkt werden?*

N. R.: Mir ist durchaus bewusst, dass dies nicht im inneren Zirkel der Polizei funktionieren wird. Hier ist in erster Linie die Politik gefragt, welche bekanntlich die finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen vorgibt. Als gewerkschaftliche Interessenvertretung ist es aus meiner Sicht um so notwendiger, den Dialog mit der Politik zu suchen. Dies jedoch nicht nur einmal, sondern als sich fortwährend gestaltender Prozess. Einfach wird das sicherlich nicht, aber wer etwas verändern möchte, muss sich zuerst selbst bewegen. Und dazu bin ich bereit. Aber um erfolgreich zu sein, brauche ich natürlich auch die stete Unterstützung unserer Mitglieder.

PS: *Sie sprechen die Unterstützung der Mitglieder an. Welche Vorstellungen haben Sie, um diese zukünftig noch intensiver in die gewerkschaftliche Arbeit einzubinden?*

N. R.: Ich denke einmal, dass sie mit Ihrer Frage gerade auf die Einbindung unserer jungen Kolleg(inn)en schauen. Ein großer Teil ist ja am Bildungszentrum in Meiningen. Aber nicht wenige junge Kolleg(inn)en sind über ganz Thüringen verstreut im Einsatz. Ehrenamtlich ist es mir nahezu unmöglich, diese regelmäßig vor Ort zu besuchen. Das würde mein Dienstherr auch nicht gestatten.

■ Chancen der Digitalisierung nutzen

Somit gilt es auch in der Gewerkschaftsarbeit darum, verstärkt auf die Möglichkeiten moderner Kommunikation zurückzugreifen. Wir sollten die Chancen, welche die Digitalisierung bietet, verstärkt nut-

zen. Hier ist eine einfache und ortsunabhängige Mitbestimmung problemlos zu bewältigen. Spezielle Themen können auch in Chats oder Onlineforen angesprochen und lösungsorientiert weiter entwickelt werden.

Darüber hinaus sollten mehr Gewerkschaftsversammlungen organisiert werden, bei denen eine online – Teilnahme problemlos organisiert werden kann. Nicht zuletzt ist es heute auch möglich, Wahlen online zu organisieren.

Der große Vorteil, welchen die zunehmende Digitalisierung

bietet, ist eben die nicht ortsgebundene Teilhabe am gewerkschaftlichen Leben und die frühzeitige Einbindung aller Mitglieder in Entscheidungsprozesse. Persönlich bin ich fest davon überzeugt, dass diese Vorgehensweise auch die Mitarbeit in der DPoIG attraktiver werden lässt.

PS: Sie haben sich viel für Ihre Tätigkeit als Landesjugendleiterin vorgenommen. Bleibt Ihnen da neben Ihrer Tätigkeit im SG 33 noch Zeit für Entspannung?

N. R.: Ich denke, dass diese Zeit notwendig ist und ich auch nicht auf andere Aktivi-

täten verzichten werde. Viel Zeit zum Entspannen und Nachdenken habe ich bei ausgedehnten Spaziergängen mit meinem Hund. Abkapseln werde ich mich natürlich auch nicht und weiterhin meine Freunde im ganz realen Leben treffen. Auch meine Hobbys wie Musik hören, Geräteturnen, tanzen und lesen sollen auch zukünftig nicht zu kurz kommen.

PS: Wir haben vieles ansprechen, aber auch viele Themen, welche genauso wichtig sind, nicht eingehend erörtern können. Dies wird hoffentlich in zukünftigen Gesprächen der Fall

sein. Für Ihren Start im neuen Amt als Landesjugendleiterin wünschen wir Ihnen in jedem Fall alles Gute und eine breite Unterstützung durch die Kolleginnen und Kollegen unserer Gewerkschaft.

N. R.: Vielen Dank! Ich denke auch, dass es noch viele Probleme gibt, welche es anzusprechen gilt. Gerade unsere jungen Kolleginnen und Kollegen suchen nach Antworten und Lösungen für ihre Fragen und Probleme. Gerne stehe ich hier als Ansprechpartnerin für Gespräche, aber auch via E-Mail unter Jugend@DPoIG-Thueringen.de zur Verfügung. ■

Gewalt gegen Kollegen

DPoIG unterstützt Forderung der CDU-Fraktion für ein regelmäßiges Lagebild zu Gewalttaten gegen Rettungskräfte.

Wir haben es im POLIZEISPIEGEL bereits mehrfach thematisiert. Gewalt gegen unsere Kolleg(inn)en ist längst keine Ausnahme mehr. Leider blieb unsere Forderung nach einer Meldestelle für Gewalt gegen Polizisten und Einsatzkräfte bislang ungehört, Dabei ist dies ein Thema, welches nicht nur die Kollegen in Thüringen betrifft.

Dabei sind die Formen der ausgeübten Gewalt durch vielschichtig, und seit Jahren konstant hoch. Dies bestätigte jüngst auch der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Raymond Walk. So wurden in Thüringen für das Jahr 2021 allein 1 182 Straftaten gegen unsere Kolleginnen und Kollegen gezählt. Darunter 311 tätliche Angriffe. Insgesamt kam es zu 195 Verletzungen. Allein im vergangenen Februar gab

es unter anderem einen Angriff mit einem Wasserkocher, Beiß- und Spuckattacken, Widerstand und Beleidigung bei einer Verkehrskontrolle bis hin zu Schlägen, so Walk.

Dass Gewalt gegen Kolleg(inn)en nicht nur eine subjektive Erfahrung ist. Dies zeigt sich auch in der Zusammenfassung einer in Hessen durchgeführten Studie aus dem Jahr 2020. Das Resümee dieser zeigte folgendes auf:

1) Anfeindungen und Übergriffe gehen weit über Vollzugs- und Rettungsdienste hinaus, erreichen sehr viele andere Tätigkeitsfelder im öffentlichen



Dienst in unterschiedlicher Ausprägung.

- 2) Nur ein geringer Teil des Ganzen wird überhaupt behördenintern erfasst.
- 3) Nur ein sehr geringer Anteil wird zur Strafanzeige gebracht.
- 4) Betroffene wünschen sich durchgängig erheblich konsequenteres Durchgreifen

der Justiz, wobei hierfür natürlich auch entsprechende Personalausstattung erforderlich ist.

- 5) Betroffene wünschen sich sehr häufig eine viel bessere Vorbereitung und Unterstützung seitens ihres Arbeitgebers/Dienstherrn.
- 6) Betroffene wünschen sich einen besseren strafrechtlichen Schutz. >

Da bildete Hessen keine Ausnahme, denn auch in Thüringen waren die genannten Phänomene zu beobachten. Aber wirklich geändert hat sich in den vergangenen Jahren nichts.

■ Gewalterfassung darf keine Einbahnstraße sein

Da bildet Hessen keine Ausnahme, und ein Rückschluss auf Verhältnisse in anderen Bundesländern wie auch in Thüringen wäre angebracht. Stattdessen gibt es noch immer

ausschließlich Debatten über Verfehlungen von Polizei und Rettungskräften. Im Grunde wird hier mit dem Finger auf unsere Kolleg(inn)en gezeigt, um der Diskussion, dass Gewalt keine Einbahnstraße ist, zu entgehen.

So sieht es auch Raymond Walk: „Wir müssen dahin kommen, die zu schützen, die uns beschützen, und die jeden Tag ihren Kopf für uns hinhalten. Jeder Angriff auf unsere Polizisten ist auch ein Angriff auf uns alle und die Grundwerte, für

die wir stehen.“ Nicht zuletzt die Vorfälle bei den Coronademonstrationen als auch zu Silvester hätten den Polizisten viel abverlangt. „Die Toleranzschwelle, Polizisten anzugreifen, wird offenbar niedriger. Um hier gegenzusteuern, kann ein detailliertes Lagebild helfen, die Ursachen zu bekämpfen“, so der Innenexperte.

„Wir müssen dieser negativen Entwicklung mit aller Kraft und den zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken.“ Das Lagebild sei nötig, da es

bisher immer nur Auskunft über Kleine Anfragen im Landtag gebe. Das könne auf Dauer nicht das Mittel der Wahl sein, so Walk.

Eine Position, welche auch wir als DPoIG zu 100 Prozent unterstützen. Geredet wurde in den vergangenen Jahren viel, aber getan hat sich nicht wirklich etwas. Hier ist vor allem der Innenminister gefragt, denn es gibt keine vernünftigen Argumente, welche gegen der Erstellung eines entsprechenden Lagebildes sprechen. ■

Klimaproteste vergiften das gesellschaftliche Klima

Erste Blockaden nun auch in Thüringen

Jena war im vergangenen Monat der erste Ort, an welchem sogenannte Klimaaktivisten in Thüringen ihrem Protest Ausdruck verliehen.

Ein Protest, welcher in erster Linie darin besteht, Teile des gesellschaftlichen Lebens zu boykottieren. Unabhängig vom Ansinnen der Protestierenden richten sich all die Proteste gegen Menschen, welche auf dem Weg zur Arbeit sind. Darüber hinaus werden durch die Blockaden Rettungsdienste gezwungen, Umwege zu fahren, können alte Menschen nicht rechtzeitig betreut oder wichtige Arzttermine nicht wahrgenommen werden.

Die Folge ist wachsender Frust auf der Seite derer, welche unter diesen sogenannten Protesten zu leiden haben. Hierzu erklärt der DPoIG-Landesvorsitzende Jürgen Hoffmann: „Wenngleich die Intentionen der Protestierenden durchaus nachvollziehbar sind,

so passen die zu vermittelnde Botschaft und das damit verbundene Handeln nicht im Geringsten zusammen!

Betrachtet man die Art der Proteste der vergangenen Wochen, egal ob Straßenblockaden, Schmierereien auf Gemälden oder Farbbeutel gegen Denkmäler, so stellt sich unweigerlich die Frage, welches Klima in Wirklichkeit verändert werden soll. Offensichtlich ist es das gesellschaftliche Klima, welches in erster Linie als störend empfunden wird!“

■ Straßen nun auch mit Beton blockiert

Dass es beim einfachen Blockieren der Straßen nicht bleiben wird, war im Grunde zu erwarten. So haben im Februar Teilnehmer der „Letzten Generation“ in Berlin die Blockade der Straßen um eine Stufe der Eskalation erhöht. Mit vorab angemischtem Beton wurden Hindernisse auf die Fahrbahn

aufgebracht, welche nur schwer und mit großem Aufwand zu entfernen sind, was zur Folge hat, dass blockierte Straßen im Notfall nicht kurzfristig geräumt werden können, sondern insbesondere Rettungswagen und Feuerwehr gezwungen werden, diese Blockaden meist weiträumig und unter großem Zeitaufwand zu umfahren.

Aber auch das dürfte nur eine weitere Stufe in einer nach oben offenen Eskalationsspirale sein.

■ Nicht der Protest, sondern die Art und Weise, in der die Protestierenden auftreten, ist fragwürdig

„Als gewerkschaftliche Interessenvertretung wissen wir genau, wie wichtig die Form des Protestes ist. Jedoch dürfen die Art und Weise des Protestes und das Ziel nicht derart auseinanderklaffen, wie es bei den aktuellen Klimaprotesten der Fall ist. Unser Recht lässt vielfältige Formen des Protestes nicht nur zu, sondern schützt diese auch.



➤ Jürgen Hoffmann

Wer jedoch bewusst geltendes Recht ignoriert und die gesetzlichen Bestimmungen unseres Versammlungsrechts umschiffet, um möglichst große Unruhe zu stiften, unbeteiligte Dritte zu blockieren und hierbei eine konkrete Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verantwortet, handelt zuallerletzt im Interesse des Allgemeinwohls“, so der DPoIG-Landesvorsitzende.

Diesen verabredeten Blockadeaktionen muss gesamtgesellschaftlich entschieden Einhalt geboten werden, um dieses wichtige Thema wieder in demokratische Debatten und Protestformen zurückzuführen. ■